Saarlouis, Freitag, den 3. November 1922.

Saar-Zeitung

Organ der Zentrumspartei für Stadt und Land des Saargaues.

Monatlicher Bezugspreis: Durch unsere Agenten 300,— Mk. Mit der Post bezogen 300,— Mk. Zeilenpreis: Die 5gespaltene mm Zeile, 41 mm breit, 500 Mk., außerhalb des Saargebietes 500 Mk. Die 88 mm breite Reklamezeile 3,00 Mk.

Nr. 248.
51. Jahrgang.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bestellungen nehmen alle Postanstalten. — In Saarlouis die Geschäftsstelle, Gesängnisstraße Nr. 6. — Telegrammadresse: Saar-Zeitung. — Fernsprecher: Expedition Nr. 2. Redaktion Nr. 82. Postscheck 20.

Das Problem der Mark-Stabilisierung.

Eine Ansprache des Reichskanzlers

wtb. Berlin, 2. Nov. Heute vormittag hat der Reichskanzler die ausländischen Sachverständigen empfangen. Es waren erschienen: die Herren Bissering, Sarjel, Brand, Keynes, Dubois und Jenks. Der Reichskanzler begrüßte die Herren mit einer Ansprache, in der er nach einleitenden Begrüßungsworten folgendes ausführte:

Die Tatsache, daß alle Herren, an die wir die Einladung gerichtet haben, zugesagt und bereitwilligst ihre Dienste zur Verfügung gestellt haben, bestätigt uns, daß der Entschluß der Reichsregierung, die Frage der Stabilisierung der deutschen Währung den Gutachten ausländischer Sachverständiger zu unterbreiten, richtig war. Die Möglichkeit, die Mark zu stabilisieren, ist natürlich auch bei uns auf das eingehendste geprüft worden und umso intensiver, je mehr die Entwertung der Mark fortschritten ist und je verhängnisvoller die Folgen dieser Entwertung für die deutsche Volkswirtschaft aber auch für die Wirtschaft der Länder geworden sind, mit denen Deutschland Handel treibt und Handel treiben muß.

Die eine Meinung über dieses Problem ist die, daß der Versuch einer Stabilisierung der Mark verfehlt ist und seinen dauernden Erfolg gewährleistet, solange nicht zuvor Voraussetzungen erfüllt sind oder ihre Erfüllung wenigstens in nahe Aussicht gerückt ist, nämlich die

Balanzierung des Budgets und die Balanzierung der Zahlungsbilanz,

solange die Warenein- und die Warenausfuhr so stark überwiegt wie in der letzten Zeit — das Defizit der Ausfuhr muß leider noch als sehr viel größer angenommen werden, als die bisher veröffentlichten Zahlen erkennen lassen — solange so dieser Passivität der Handelsbilanz aus verschiedenen Gründen nach wieder passive Posten kommen, die das Defizit in unserer Zahlungsbilanz noch vergrößern. Unglücklicherweise erfüllt aber die Erfüllung dieser beiden Voraussetzungen zu einem sehr großen Teil nur der Stabilisierung der Mark selbst ab. So gehen Ursachen und Folgeerscheinungen ineinander über. Und diese Situation führt die andere Meinung zu der Forderung, diesen Circulus vitiosus zu durchbrechen und die Mark zunächst einmal auf irgendeiner Basis festzulegen, wenn auch nicht endgültig, so doch provisorisch, um auf jeden Fall das weitere Abgleiten der Währung zu verhindern. Und dies schnell und mit Entschlossenheit, denn lange kann bei dem jetzigen Rückgang der Mark nicht mehr gewartet werden, wenn die deutsche Wirtschaft nicht völlig zusammenbrechen soll.

In dieser ungeheuren Situation hat die Reichsregierung das Bedürfnis gehabt zu hören, wie man dieses Problem vom Auslande aus ansieht, und aus diesem Bedürfnis heraus die Einladungen an die Sachverständigen gerichtet. Die

Konferenz von Genua

und insbesondere das Sachverständigenkomitee hat sich mit dieser Frage schon eingehend beschäftigt und ein besonderes Gutachten erstattet, das dem mit ein Satz in die Erörterung zugezogen werden soll. Das Sachverständigenkomitee hat damals in seinem Gutachten gesagt: „Wenn die äußere Schuldenlast eines Landes Zahlungsfähigkeit überschreitet und wenn dieses Land nicht durch äußere Anleihen Hilfe erhalten kann, so müssen die Anforderungen, diese Verpflichtungen zu erfüllen, notwendig zur Folge haben, daß einmal die Mittel in anderen Ländern gesucht werden und daß weiter eine fortgesetzte Entwertung der Währung des Schuldnerlandes eintritt, die das Schuldnerland vielfältig hindert, irgend einen Anlauf in der Richtung der Stabilisierung der Währung zu nehmen."

Dieses Gutachten ist damals allgemein und ohne Bezeichnung auf ein bestimmtes einzelnes Land abgegeben worden. Jetzt handelt es sich darum, und das ist die Bitte, die an die Sachverständigen gerichtet wird, diese Frage besonders im Hinblick auf die deutsche Währung zu prüfen und uns ein Gutachten darüber abzugeben:

1. Ist unter den gegenwärtigen Umständen eine Stabilisierung der Mark möglich?

2. Wenn nein: Welche Voraussetzungen müssen geschaffen werden, um eine Stabilisierung zu ermöglichen?

3. Welche Maßnahmen müssen zur Stabilisierung getroffen werden, sobald die Voraussetzungen vorliegen?

Das sind die Fragen, die die Reichsregierung beantwortet haben möchte. Die Sachverständigen haben völlige Freiheit, ihre Arbeiten und Beratungen ganz nach eigenem Ermessen einzurichten und durchzuführen. Sie können dabei ganz unter sich bleiben. Sie können aber auch, wenn sie über eine Reihe von Gegenständen, über das deutsche Budget, über die deutsche Handels- und Zahlungsbilanz und anderes besonders unterrichtet werden wollen, um eine Reihe Basis für ihr Urteil zu gewinnen, Fragen an die deutschen Ministerien oder an deutsche Sachverständige der Industrie und der Praxis richten. Die Antwort der Sachverständigen auf diese Frage wird sicher im Inlande und Auslande mit Spannung erwartet und tiefe Beachtung finden.

Eine Denkschrift der Gewerkschaften an den Reichskanzler.

wtb. Berlin, 2. Nov. In einer Denkschrift an den Reichskanzler, die Reichsministerien und die Parteien schlagen die Gewerkschaften außer sonstigen Mitteln zur Verhütung weiteren Verfalls der Markwährung vor. In der Denkschrift heißt es laut Vorwärts: Die Hauptursache der Teuerung bildet die jüngste Entwertung des deutschen Geldes. Alle Versuche, die einheimischen Warenpreise dem Weltmarktpreise anzupassen, müssen aussichtslos bleiben, da die deutschen Verbraucher solche Waren nicht mehr kaufen können. Die Anpassung der Löhne an den Weltmarkt wäre aber nur eine Beschleunigung der wirtschaftlichen Katastrophe. Aus diesem Dilemma müssen wir durch die Stabilisierung der deutschen Mark herauskommen. Mit der Hebung der Mark als Waren — und Wertmesser ist das Lebensinteresse und das Wohl und Wehe der Verbraucher und des Schicksal des deutschen Staates verknüpft. Die Stabilisierung der Mark würde u. a. erreicht durch eine wertbeständige innere Anleihe, weiter müsse die Hebung der Staatsfinanzen auf dem Gebiete der Steuergesetzgebung erreicht werden. Es ist für die Arbeitnehmer ebenso unerträglich, wie unerträglich daß ihnen Steuerabzüge vom Einkommen gemacht werden, während die Steuerentziehung bei den Unternehmern und Besitzenden jahrelang auf sich warten läßt. Die Devisenverordnung bleibe ein Schlag ins Wasser, wenn sie nicht durch eine praktisch ausgebaute Devisenkontrolle ergänzt werde. Mit erwarten, daß die Verhandlungen zur Erreichung der Auslandsanleihe zur Stabilisierung der Mark mit erneuten Nachdruck aufgenommen und durchgeführt werden. Die Gewerkschaften verlangen von der Regierung die Herbeiführung einer gesetzlichen Durchsichtigmachung der Kartelle, Syndikate und Trusts, die teilweise durch eine volkswirtschaftlich schädliche Preispolitik den Verfall der Währung fördern. Die Denkschrift fordert weiter Sparsamkeit, Vereinfachung in den öffentlichen Betrieben und der Verwaltung sowie die Vorlegung eines großzügigen Steuerprobleme, der die Befriedigung der Lebensbedürfnisse des Volkes sichert.

Die Verhandlungen der Reichsregierung mit der Reparationskommission.

wtb. Berlin, 2. Nov. Ueber die Verhandlungen der Reichsregierung mit der Reparationskommission erfahren wir folgendes: Die ersten Verhandlungen verliefen in durchaus sachlicher Form. Der Vorsitzende der Reparationskommission erklärte, daß erstens die Bilanzierung des Budgets, 2. die Frage der schwebenden Schuld, 3. die Stabilisierung der Mark die Hauptaufgaben seien, die jetzt behandelt werden müßten. Die Kommission beabsichtige nicht, die deutsche Souveränität anzutasten, sie hoffe aber auf intime Zusammenarbeit. Sie sei auf Grund der von Deutschland eingegangenen Verpflichtungen genötigt, eingehende Fragen zu stellen. Darauf hielt Staatssekretär Schröder einen Vortrag über die allgemeine Gestaltung des Budgets für das laufende Jahr, so weit es sich bisher übersehen läßt. Bei Besprechung dieses Themas wurden seitens der Kommission verschiedene Fragen gestellt zu dem Zweck, weiteres Material im Laufe der nächsten Sitzung zu erhalten. Es interessierten besonders die Ausgaben für den Reichskanzlei und die Ausgaben für den außerordentlichen Haushalt. Staatssekretär Schröder teilte mit, daß voraussichtlich das Defizit des Budgets etwa 400 Milliarden Mark betragen werde, das im wesentlichen zu Lasten des Friedensvertrages gehe. Die nächste Sitzung ist auf Mittwoch nachmittag 4 Uhr festgesetzt.

Eine Goldanleihe im Ausland.

wtb. Berlin, 2. Nov. Das Berliner Tageblatt teilt mit, daß bei der gestrigen Besprechung mit der Reparationskommission den Ausführungen des Reichsfinanzministers Hermes über den deutschen Standpunkt zur Frage der Markstabilisierung folgender Gedanke zu Grunde lag: Eine Aktion zur Stärkung der deutschen Währung kann nur auf der Basis eines Goldfonds durchgeführt werden. Von einer Inanspruchnahme des Goldschatzes der Reichsbank kann nicht die Rede sein. Es bleibt also nichts übrig, als zu diesem besonderen Zweck also nicht für allgemeine Reparationszwecke, eine Goldanleihe im Auslande aufzunehmen. Barthou habe verschiedene Fragen an Hermes gerichtet und sich verabschiedet, zu einigen Punkten noch Stellung zu nehmen. Nach dem Berliner Tageblatt verlautet in Kreisen der Reparationskommission, daß der Aufenthalt der Reparationskommission wenigstens bis Ende der nächsten Woche bemessen sei. Wie man in unterrichteten Kreisen annehme, werde die Reparationskommission in Berlin irgend welche Entscheidungen nicht treffen.

Eine Unterredung mit Barthou.

wtb. Paris, 2. Nov. Der Berliner Vertreter der Chicago Tribune meldet, Barthou habe ihm in einer Unterredung erklärt, die Reparationsfrage, die Frage der Kriegsschulden und die Frage des Moratoriums bleibe der Botschafter-Konferenz vorbehalten. Die Reparationskommission sei nach Berlin gekommen, um das deutsche Budget zu revidieren, Maßnahmen zur Stabilisierung der Mark vorzuschlagen und soweit wie nötig eine finanzielle Kontrolle einzurichten.

Die Einladung zur Friedenskonferenz.

wtb. Paris, 2. Nov. Die Nationalversammlung von Angora hat den Wortlaut auf die Antwortnote auf die Einladung zur Friedenskonferenz festgesetzt.

wtb. Konstantinopel, 2. Nov. Der Vertreter der Regierung von Angora hat dem Oberkommissar zur Noten übermittelt. Die erste Note erklärt sich mit Lausanne als Ort der Konferenz einverstanden. Die zweite Note protestiert gegen die Einbeziehung der Konstantinopeler Regierung in die Einladung, die als eine Beleidigung des Nationalismus von Mudania bezeichnet wird. Die Note bemerkt, daß diese Maßnahme die Vertreter Angoras zwingen könnte, von einer Beteiligung an der Konferenz Abstand zu nehmen.

Amerika sendet einen Beobachter.

wtb. Paris, 2. Nov. Der Botschafter der Vereinigten Staaten hatte gestern eine Unterredung mit Poincare und hat ihm bei dieser Gelegenheit eine Note übergeben, in der die amerikanische Regierung Stellung zu der Friedensbedingungen für den Orient nimmt. Die Note erklärt, daß die Vereinigten Staaten mit der Türkei nicht im Kriege seien und daher nicht geeignet, an den Friedensverhandlungen teilzunehmen. Sie führt dann die Punkte auf, die die amerikanische Regierung erwartet: 1. Schutz der christenthropischen, religiösen und Erziehungsinstitute unter garantierten Garantien; 2. Zulassen über die Handelsfreiheit der Vereinigten Staaten, durch die jedoch Sonderzuerkennungen für Handelsgebiete nicht präjudiziert werden sollen; 3 ausreichende Garantien für die Minderheiten, 4. Zusicherung betr. die Freiheit der Meerengen, 5. Erleichterungen für archäologische Forschungen und Studien. — Der Regierung der Vereinigten Staaten erklärt ich bereit, mit Zustimmung der beteiligten Mächte einen Beobachter zu der geplanten Konferenz zu senden, um die oben erwähnten Interessen wahrzunehmen und den Gedankenaustausch zu erleichtern.

Mussolini, der Held Italiens.

Mussolini ist plötzlich der Held Italiens geworden. Er hat eine seltsame Laufbahn hinter sich, die in manchen Zügen an Gestalten aus der italienischen Revolutionszeit erinnern mag. Er ist Volkstribun, Conductiere und Diplomat, er ist Sozialist und Nationalist, Verschwörer, Einer, Unruhiger, Weiser und Ordnungsmann, der, wie es scheint, nach dem Gewaltstreich sofort die Regierungsmaschine wieder auf den normalen Gang einpendeln beabsichtigt. Man geht wohl fehl, wenn man versucht, die von ihm organisierte Bewegung mit Erscheinungen in anderen Ländern zu vergleichen, die auf den ersten Blick gewisse Aehnlichkeiten zeigen. Sie mag die gleichen Ursprünge haben, sie ist aber in ihrem Kern spezifisch italienisch und nur aus dem italienischen Volkscharakter heraus zu erklären. Mussolini war ursprünglich ein Führer der Sozialisten. Der Krieg machte ihn zum Nationalisten, der indessen weder das sozialen Ziele noch die revolutionären Methoden vergaß. Er blieb nur allein den Methoden treu. Seine geistigen Väter sind die französischen Revolutionäre Blanqui und Georges Sorel, die von der Energie einer Minderheit und den direkten Gewaltmitteln der organisierten Massen die Neubildungen in Staat und Gesellschaft erwarteten. Man sagt, daß auch Nietzsche Einfluß auf ihn gewonnen habe. Jedenfalls hat aber Mussolini diese verschiedenen Elemente seiner Weltanschauung in dem Schmelztiegel seines italienischen Temperaments zu einem Ganzen eigenen Gepräges verschmolzen.

Mussolini ist vor allem Revolutionär. Ob er imstande sein wird, ein organisatorisches Werk den Mitteln der faschistischen Partei, durch ein positives Programm praktischer Reformen zu betrüben, muß abgewartet werden. Darin ist er von der keineswegs einheitlichen politischen Gedankenwelt seiner Parteigenossen abhängig, die vom fanatischen Republikanertum bis zu konservativen monarchistischen Staatsauffassungen reicht. Diese Verschiedenartigkeit hängt mit der Entstehung des Faszismus zusammen. Die ersten Keime lagen in jenen den Sturmtruppe der Front nachgebildeten Gruppen der „arditi", die in ihrem jugendlichen Idealismus sich gegen die Friedensverträge auflehnten, da diese ihre Hoffnungen des italienischen Nationalismus erfüllt hatten. Die Expedition nach Fiume bleibt das charakteristische Merkmal dieses Idealismus, der auch Mussolini zu einer Zeitlang begeistert hat. Aber diese Gedanken genügten den Führern nicht. Ihre nächste Arbeit richtete sich gegen den revolutionären Kommunismus, dessen Terror mit dem gleichen Terror beantwortet wurde. Mussolini hatte nach dem Muster der sozialistischen Organisationen die faszistische Organisation auf, gab der aber einen militärischen Einschlag und den nationalistischen Grundzug. Die Gruppierungen umfaßten Angehörige aller Gesellschaftsschichten, die in den sogenannten „fasci dei combattimento" wiederum an die Sturmtruppe der Kriegsfront erinnerten. Diese „Bündel" führten ihre Stöße überall hinein, wo der Parteiführung etwas nicht in Ordnung schien, vorzugsweise gegen die sozialistischen Arbeiter. So kam es zu den blutigen Zusammenstößen, die seit einigen Jahren bald da, bald dort in Italien sich ereigneten. Der Vorstoß nach Südtirol war die letzte größere Aktion dieser Art gewesen.

Mussolinis Pläne wuchsen mit seinen Erfolgen. Sein größter Erfolg bestand darin, daß er die sozialistischen Parteiorganisationen schwer erschütterte und durch die Aufnahme sozialer Forderungen breite Massen der Arbeiter zu sich herüberzog. Mussolinis Bestreben weist hier große Aehnlichkeit auf mit der Taktik seines großen Gegenspielers Don Sturzo, des Gründers und Führers der „Popolari". Auch Sturzo hat das Parteiprogramm durch die Aufnahme extremer sozialer Forderungen, wie die Aufteilung des Großgrundbesitzes, erweitert und dadurch den Sozialisten Anhänger abgejagt. Don Sturzo hat Mussolini bis jetzt hart bekämpft. Wenn es zu Neuwahlen kommt, wird sich vielleicht zwischen diesen beiden der wahre Kampf um die Mehrheiten abspielen. Don Sturzo, den man den neuen Savonarola genannt hat, ist ein ernster Gegner. Mussolini freilich wird über den Regierungsapparat verfügen. Wie der Kampf ausgehen wird, hängt von den bürgerlichen Schichten ab, die allerdings sich nun entscheiden müssen, wenn sie nicht verrieben werden wollen.

Telegramme nach Frankreich und England.

wtb. Rom, 2. Nov. Mussolini hat an Poincare und Bonar Law eine Depesche gesandt, in der er den Regierungschaften der befreundeten Nationen herzliche Grüße übermittelt und das Vertrauen ausspricht, daß bei der Erfüllung seiner Aufgaben Italien die Sympathie der anderen Nationen erhalten bleibe, die er für unerläßlich halte. Auch an Lord Curzon sandte Mussolini eine Begrüßungsdepesche.

Gestern nachmittag wurde Mussolini von Schanzer in die Geschäfte des Ministeriums des Aeußeren eingeführt. Mussolini sandte an alle italienischen Botschafter ein Telegramm, in dem er ihnen von dem Regierungswechsel Mitteilung macht.

Zur Demission des Grafen Sforza.

— Rom, 2. Nov. Mussolini hat als Antwort auf das Demissionstelegramm des Grafen Sforza ein Telegramm an die italienische Botschaft in Paris gerichtet, in dem es u. a. heißt:

Ich muß Ihre Entscheidung zu demissionieren bevor Sie von meinem Programm hinsichtlich der Außenpolitik Kenntnis genommen haben, als wenig freundschaftlich und inopportun erklären. Ich werde dieses Programm, das jedenfalls nicht „eine Summe von Gelüsten und Nebereien" sein wird, wie Sie mit Unrecht glauben, der Kammer vorlegen. Ich ersuche Sie formell, Ihre Funktion beizubehalten und der Regierung, die im Augenblick des Ausbruch der höchsten nationalen Gefahr durchsetzt, keine Schwierigkeiten zu bereiten.

wtb. Paris, 2. Nov. Nach einer Meldung des Petit Parisien aus Rom versichert man, Mussolini werde die Angelegenheit des Grafen Sforza vor den Ministerrat bringen und wie man glaubt, die Absetzung des Grafen von seinem Posten verlangen, da er das Telegramm, in dem er seine Abberufung forderte, das streng vertraulich und geheimhaltet war, den französischen Zeitungen zugeteilt habe. Ein nationalistischer Deputierter habe darüber bereits in der Kammer eine Interpellation angekündigt.

Sonnino Außenminister?

— Rom, 2. Nov. Es verlautet, daß Mussolini Sonnino mit dem Portefeuille des Ministeriums für auswärtige Angelegenheiten betrauen wolle.

Nitti in Haft.

wtb. Paris, 2. Nov. Nach einer Meldung der „Chicago Tribune" aus Rom ist dort das Gerücht um, daß Nitti von den faszistischen Truppen gefangen gesetzt worden sei, und daß Mussolini mehrere der früheren Regierung angehörige Staatsmänner zu verhaften und vor einen Staatsgerichtshof zu bringen beabsichtige.

Die Annektion von Fiume.

— Basel, 2. Nov. Die aus Italien vorliegenden Meldungen bestätigen den vollkommenen Sieg der Faszisten. Während in Rom allgemeine Ruhe herrscht, ist es in der Provinz zu weiteren Zwischenfällen gekommen. So haben die Faszisten in Genua den Sitz der Eisenbahnverwaltung in Brand gesteckt. In Mailand wurde eine Kaserne von den Faszisten gestürmt. — Man erwartet von der neuen Regierung die sofortige Auflösung der Parlaments und ein Dekretes Dekret über die Reform des Wahlrechts sowie einschneidende Sparmaßnahmen in der Verwaltung. Man glaubt, daß die Faszisten-Regierung scharfe Maßnahmen zur Verhinderung der Devisenschiebereien einleiten wird. In außenpolitischer Beziehung erwartet man die Annektion von Fiume. Nach einer Pariser Drahtung soll der Vertreter der Faszisten in Paris, Dusersoix, einem Berichterstatter des „Excelsior" ausgeführt haben, der Faszismus werde in keinem Falle dulden, daß Oesterreich in irgend einer Form mit Deutschland vereinigt werde.